Angebotsblatt (insgesamt 4 Seiten) LKJ 2020/1

Dieser Vordruck einschließlich aller Folgeseiten ist als Angebot einzureichen.

Angaben zum Bieter bzw. Bevollmächtigten der Bietergemeinschaft:

Bezeichnung: _____ Mail: _____

Straße: _____ PLZ: _____ Ort: _____

_____

Telefon: _____ Handy: _____ Fax: _____

_____

Bearbeiter: _____ ggf. weiterer Bearbeiter: _____

Zu Ihrer o.a. Ausschreibung **LKJ 2020/1** erhalten Sie unter Zugrundelegung der Vertragsunterlagen das beigefügte Angebot. Das Angebot wird im Namen und Auftrag des/der o.a. Bieters/ Bietergemeinschaft abgegeben. Ordnungsgemäße Bevollmächtigung wird zugesichert.

Falls wesentliche Teile der Leistung nicht selbst erbracht werden, ist die Angabe zwingend erforderlich:

☐ Für den Fall der Auftragserteilung beabsichtige ich, Subunternehmen / Freie Mitarbeiter*innen einzusetzen. Ich verpflichte mich, Subunternehmen / Freie Mitarbeiter*innen nur unter der Voraussetzung zu beauftragen, dass diese ebenfalls zuverlässig und gesetzestreu im Sinne der unten stehenden Ausführungen (Eigenerklärung Zuverlässigkeit und Gesetzestreue) sind. Die in Betracht kommenden Subunternehmen / Freien Mitarbeiter*innen sowie die wesentlichen von diesen zu erbringenden Teilleistungen habe ich in einem separaten Schreiben aufgeführt.

Mit nachstehender Unterschrift wird bestätigt, dass keine Änderungen oder Ergänzungen an den Vertragsunterlagen vorgenommen wurden und dass mein Angebot den Anforderungen, die sich aus den „Bewerbungsbedingungen“ sowie aus den Vertragsunterlagen ergeben, entspricht.

Die nachstehende Unterschrift gilt für alle Teile meines Angebotes. Die nachstehende Unterschrift gilt also auch hinsichtlich der beizufügenden Erklärungen und Nachweise, evtl. ergänzender Angaben sowie hinsichtlich des Angebotspreises/der Angebotspreise.

(Ggf. weitere zu leistende Unterschriften in den Angebotsunterlagen dienen nur der Bestätigung.)

Unterschrift des Bieters (bzw. des Bevollmächtigten der Bietergemeinschaft):

_____	_____	_____
Ort	Datum	Unterschrift und Firmenstempel

ACHTUNG:

Wird dieses Angebotsschreiben nicht bzw. nicht unterschrieben eingereicht, gilt das Angebot als <u>nicht</u> abgegeben. Etwaige Unterschriften an anderen Stellen – z.B. unter einem zusätzlichen Begleitschreiben oder einem selbst erstellten Angebotsschreiben – können die an dieser Stelle verlangte Unterschrift nicht ersetzen.

Auflistung der maßgeblichen Einzelpreise

Die Angebotspreise (Festpreise) enthalten **alle** für die Erbringung der Leistung anfallenden Kosten einschließlich der Tagungs- und Gruppenräume. Eine Geltendmachung weiterer Kosten ist **nicht** möglich.
Der Angebotspreis versteht sich als Bruttopreis inkl. gesetzl. Umsatzsteuer.

Bitte beachten Sie:

Nachfolgend sind die Kostensätze für Einzelleistungen der Verpflegung und Unterkunft pro Person und Tag anzugeben (einschl. aller anteiligen Kosten für die Raummiete, Equipment etc. pro Tag). Die optionalen Leistungen fließen nicht in die Wertung ein.

Leistungen - Übernachtungen und Verpflegung inkl. aller anteiligen Kosten für Raummiete, Equipment etc. pro Tag	**Preis pro Person und Tag** inkl. USt. in EURO
1.) Übernachtung im **Mehrbettzimmer** pro Nacht inkl. Frühstück/ -sbuffet, Mittagessen, Nachmittagskaffee und Abendessen/ Abendbuffet (einschl. aller anteiligen Kosten für die Raummiete, Equipment etc. pro Tag)	_____
2.) Übernachtung im **Einzelzimmer** pro Nacht inkl. Frühstück/ -sbuffet, Mittagessen, Nachmittagskaffee und Abendessen/ Abendbuffet (einschl. aller anteiligen Kosten für die Raummiete, Equipment etc. pro Tag)	_____

Eigenerklärung Zuverlässigkeit und Gesetzestreue

Erklärung
des Bieters bzw. Mitglieds der Bietergemeinschaft

☐ Nach Kenntnisnahme der nachstehenden Ausführungen (s. Anlage) erkläre ich, dass

- ich meinen gesetzlichen Verpflichtungen - insbesondere auch aus den Pflichten aus allgemeinverbindlich erklärten Tarifverträgen – nachgekommen bin und nachkomme.
- Strafen oder Bußen für die nachstehend erwähnten Tatbestände - oder für vergleichbare Tatbestände nach den am Firmensitz geltenden Rechtsvorschriften - nicht gegen mich verhängt worden sind.
- der Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie von Beiträgen zur gesetzlichen Sozialversicherung gemäß den am Firmensitz geltenden Rechtsvorschriften von meiner Seite ordnungsgemäß nachgekommen worden ist.

☐ Ich kann die vorstehende Erklärung nicht bzw. nicht uneingeschränkt abgeben.

Falls Sie hier angekreuzt haben, geben Sie bitte mittels einer selbst zu erstellenden Anlage an, warum Sie dennoch am Wettbewerb teilnehmen wollen und ein Ausschlussgrund wegen fehlender Zuverlässigkeit und Gesetzestreue in Ihrem Fall aus Ihrer Sicht nicht bzw. nicht mehr vorliegt.

Unterschrift des Bieters (bzw. des Bevollmächtigten der Bietergemeinschaft):

Ort	Datum	Unterschrift und Firmenstempel

Eigenerklärung Insolvenz bzw. Liquidation

Von der Teilnahme am Wettbewerb können Bewerber ausgeschlossen werden,

- *über deren Vermögen das Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzliches Verfahren eröffnet oder die Eröffnung beantragt oder dieser Antrag mangels Masse abgelehnt worden ist.*
- *die sich in Liquidation befinden.*
-

Erklärung
des Bieters / Bewerbers bzw. Mitglieds der Bieter- / Bewerbergemeinschaft

Über mein Vermögen wurde ein Insolvenzverfahren oder vergleichbares gesetzliches Verfahren eröffnet bzw. wurde die Eröffnung beantragt bzw. wurde dieser Antrag mangels Masse abgelehnt.	☐ Ja*) ☐ Nein

Ich befinde mich in Liquidation.	☐ Ja*) ☐ Nein

**) Falls „Ja“ angekreuzt wurde, geben Sie bitte mittels einer selbst zu erstellenden Anlage zu diesem Vordruck an, warum Sie dennoch am Wettbewerb teilnehmen wollen und ein Ausschlussgrund nach oben stehender Vorschrift aus Ihrer Sicht in Ihrem Fall nicht vorliegt.*

Unterschrift des Bieters (bzw. des Bevollmächtigten der Bietergemeinschaft):

Ort	Datum	Unterschrift und Stempel

Diese Seite dient ausschließlich Ihrer Information und braucht nicht eingereicht werden.

Erläuterungen zur „Eigenerklärung Zuverlässigkeit und Gesetzestreue“

Aufträge dürfen u.a. nur an gesetzestreue und zuverlässige Unternehmen vergeben werden.
Nur das Unternehmen, das die deutschen Gesetze einhält, ist zum Wettbewerb um öffentliche Aufträge zuzulassen. Dabei geht es um alle Regeln, an die sich alle Unternehmen im Rahmen der Ausübung ihrer Tätigkeit halten müssen. Das gilt insbesondere auch für allgemeinverbindlich erklärte Tarifverträge.
Von der Teilnahme am Wettbewerb können Bewerber ausgeschlossen werden,

- die nachweislich eine schwere Verfehlung begangen haben, die ihre Zuverlässigkeit als Bewerber in Frage stellt (§ 6 Abs. 5 Buchst. c VOL/A),
- die ihre Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung nicht ordnungsgemäß erfüllt haben (§ 6 Abs. 5 Buchst. d VOL/A).

Bieter, die die geforderte Eigenerklärung nicht abgeben können, müssen nicht zwangsläufig wegen fehlender Zuverlässigkeit und Gesetzestreue ausgeschlossen werden. Der Vergabestelle sind daher neben allen belastenden auch möglichst alle relevanten entlastenden Tatbestände mitzuteilen (z.B.: Art des Verstoßes, Zeitraum/Datum des Verstoßes, Datum und Aktenzeichen der Verurteilung, betroffene Person, ergriffene Maßnahmen zur „Selbstreinigung“ usw.).
Bietern wird vor einem möglichen Ausschluss wegen fehlender Zuverlässigkeit und Gesetzestreue grundsätzlich rechtliches Gehör gewährt, indem ihnen unter Nennung der maßgeblichen Tatsachen Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben wird.

Schwere Verfehlung i.S.v. § 6 Abs. 5 Buchst. c VOL/A

Unter den Begriff „schwere Verfehlung“ fallen vor allem auf den Geschäftsverkehr bezogene Ordnungswidrigkeiten und Verstöße gegen strafrechtliche Bestimmungen sowie schwerwiegende Rechtsverstöße gegen den Wettbewerb schützende Grundprinzipien.
Dabei ist bei juristischen Personen auf die für das Unternehmen verantwortlich handelnden Personen (z.B. Mitglieder der Geschäftsleitung, Geschäftsführer usw.) abzustellen.
Zu den „schweren Verfehlungen“ i.S. dieser Vorschrift gehören beispielsweise und insbesondere:

- vollendete oder versuchte Bestechung, Vorteilsgewährung sowie schwerwiegende Straftaten, die im Geschäftsverkehr begangen worden sind, insbesondere Diebstahl, Unterschlagung, Erpressung, Betrug, Untreue und Urkundenfälschung.
- Verstöße gegen das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB), u.a. die Beteiligung an Absprachen über Preise oder Preisbestandteile, verbotene Preisempfehlungen, die Beteiligung an Empfehlungen oder Absprachen über die Abgabe oder Nichtabgabe von Angeboten, über die Aufrechnung von Ausfallentschädigungen sowie über Gewinnbeteiligung und Abgaben an andere Bewerber.
- Verstöße gegen das „Gesetz zur Bekämpfung der Schwarzarbeit“ in der aktuell gültigen Fassung in Verbindung mit der „Gemeinsamen Regelung zum Ausschluss von Unternehmen von der Vergabe öffentlicher Aufträge bei illegaler Beschäftigung von Arbeitskräften“ vom 22. März 1994 wegen illegaler Beschäftigung nach § 404 Abs. 1 und Abs. 2 Nr. 3 des Sozialgesetzbuches - Drittes Buch, §§ 15, 15a, 16 Abs. 1 Nr. 1 und 2 des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes bzw. nach § 8 des Gesetzes zur Bekämpfung der Schwarzarbeit und illegalen Beschäftigung, wenn eine Verurteilung zu einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder zu einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder eine Belegung mit einer Geldbuße von wenigstens 2.500 € erfolgte.
- Verstöße gegen das Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG), wenn das Unternehmen mit einer Geldbuße nach § 23 AEntG von wenigstens 2.500 € belegt worden ist. Das Gleiche gilt auch schon vor Durchführung eines Bußgeldverfahrens, wenn im Einzelfall angesichts der Beweislage kein vernünftiger Zweifel an einer schwerwiegenden Verfehlung besteht.

Steuern, Abgaben und Beiträge i.S.v. § 6 Abs. 5 Buchst. d VOL/A

Unter Steuern sind die im Rahmen der Steuergesetze an den Staat zu erbringenden Geldleistungen zu verstehen.
Als Abgaben werden Beiträge und Gebühren definiert, die von einer öffentlichen Körperschaft kraft ihrer Finanzhoheit erhoben werden.
Die Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung umfassen die Beträge zur Renten-, Kranken-, Arbeitslosen-, Unfall- und Pflegeversicherung.